

Gegen die Co-Finanzierung von Kirchentagen mit öffentlichem Geld gab es schon in anderen Städten Widerstand – in Düsseldorf läuft nun sogar ein Bürgerbegehren

# Steuergeld für den Kirchentag – ein Pro und Kontra



Mit diesem grimmigen „Moses“ sammeln die Gegner der öffentlichen Kirchentagsfinanzierung Stimmen für ihr Bürgerbegehren.

Foto: Ingo Orth

**DÜSSELDORF (PK).** Wer in den vergangenen Wochen in Düsseldorf durch die Straßen ging, dem dürfte ein überlebensgroßer, grimmig dreinblickender „Moses“ aufgefallen sein, der das „11. Gebot“ verkündet: „Du sollst Deinen Kirchentag selbst bezahlen!“ Es geht um ein Bürgerbegehren, das, wenn es erfolgreich ist, in einen Bürgerentscheid münden soll zu der Frage: Soll es bei der Entscheidung des Stadtrats vom Juni bleiben, dass der evangelische Kirchentag im Jahr 2027 von der Stadt Düsseldorf mit 5,8 Millionen Euro unterstützt wird? (Hinzu kämen Unterstützungsgelder von Land und Bund)

Das von dem humanistischen „Düsseldorfer Aufklärungsdienst“ initiierte Bürgerbegehren müsste rund 15 000 Stimmen einsammeln, damit es zum Bürgerentscheid kommt. Bislang haben laut Auskunft des Vereins etwa 3600 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer unterschrieben.

Die Frage ist auch von grundsätzlicher Relevanz in anderen Städten, weil im jährlichen Wechsel immer irgendwo ein katholischer oder evangelischer Kirchentag mit öffentlicher Unterstützung stattfindet.

Da bislang in der Öffentlichkeit vor allem die Stimme der Aktivisten zu hören ist und sich die evangelische Kirche eher bedeckt hält, wollen wir hier die Argumentation beider Seiten nebeneinander stellen. Das Pro und das Kontra zu der Frage also: Ist es richtig, dass die Stadt Düsseldorf den Kirchentag mit 5,8 Millionen Euro unterstützt? Für das Pro spricht Stephan Menzel. Er ist kaufmännischer Vorstand des Kirchentages Fulda, der für die Organisation der evangelischen Kirchentage verantwortlich ist. Für das Kontra spricht Ricarda Hinz. Sie ist Vorsitzende des Düsseldorfer Aufklärungsdienstes.

Von Stephan Menzel

Die Stadt Düsseldorf, das Land Nordrhein-Westfalen und die Evangelische Kirche im Rheinland wollen 2027 den Evangelischen Kirchentag in die Landeshauptstadt einladen. Für die Region ist das eine gute Nachricht, denn ein Kirchentag ist mehr als nur eine Großveranstaltung. Alle drei Gastgeber investieren in Dialog, Zusammenhalt und Engagement. Das gehört zu ihren Aufgaben und ist Zeichen nachhaltiger und sozialer Politik.

Evangelische Kirchentage sind keine Veranstaltungen der Kirche selbst, sondern eine komplett eigenständige Bewegung engagierter Christinnen und Christen, die in ihrem Land, ihrer Stadt und in ihrer Kirche Verantwortung übernehmen wollen. 1949 entstand diese Bewegung als Antwort auf das kollektive Versagen unserer Gesellschaft, ihrer Institutionen und auch der evangelischen Kirchen in der NS-Zeit.

Genau hinschauen und anpacken. Im Dialog Widerstände überwinden. Visionen entwickeln. Zusammenhalten. Genau das ermöglicht der Kirchentag. Er ist Plattform, Zukunftsmotor und sozialer Kitt in einem. Seine zentralen Anliegen sind Bildung, Interkultureller Austausch, Förderung von Ehrenamt, Umweltschutz und Inklusion.

Düsseldorf und die ganze Region profitieren in mehrfacher Hinsicht von einem Kirchentag. Ihn lediglich auf das Geld zu reduzieren, das er und seine Gäste nachweislich in der Stadt lassen, ist eindeutig zu kurz gegriffen. Viel wichtiger ist, dass das Engagement in der Stadt und entsprechende Netzwerke nachhaltig geprägt werden.

So sind Vereine, soziale Initiativen und kulturelle Akteure eingeladen, sich in die Planungen von mehr als tausend Veranstaltungen einzubringen.

## Ist es richtig, dass die Stadt Düsseldorf den Kirchentag mit 5,8 Millionen Euro unterstützt?

**PRO** Ja, der Kirchentag ist Plattform, Zukunftsmotor und sozialer Kitt. Er ist eine Echokammer für wichtige politische, soziale und kulturelle Anliegen. Düsseldorf und die Region profitieren.



Der Kirchentag wird zur Echokammer für wichtige politische, soziale und kulturelle Anliegen in Düsseldorf. Die Mitwirkung steht allen offen, die an sachlich-wertschätzender Auseinandersetzung statt aufgeregter Polemik interessiert sind, und ist dezidiert nicht auf christliche Gruppierungen beschränkt.

Beispielsweise nutzten im Jahr 2015 zivile Initiativen den Kirchentag in Stuttgart, um ihre Kritik am Freihandelsabkommen TTIP zu formulieren. Der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel setzte sich mit deren Positionen auseinander, was sich auf die Haltung der deutschen Regierung zu TTIP auswirkte. Aus einer Resolution des Kirchentages 2019 in Dortmund ging das breite gesellschaftliche Bündnis „United for Rescue“ hervor, das seitdem zivile Seenotrettung im Mittelmeer ermöglicht. Für den Kirchentag im kommenden Jahr ist in Zusammenarbeit mit dem Nürnberger Verein „Geschichte für alle“ ein Stationenweg geplant. Dieser soll Schauplätze von NS-Verbrechen miteinander verknüpfen und aktuelle Bezüge zu den Mahn- und Gedenkorten ermöglichen. Ein Zeichen aktiver Erinnerungskultur. So und auf vielen anderen Wegen wirken Kirchentage in Stadt und Gesellschaft hinein. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch der „Markt der Möglichkeiten“. Dieses Messeangebot des Kirchentages mit hunderten Vereinen, Verbänden, Initiativen und Projekten zählt zu den größten sozialen Vernetzungsformaten Deutschlands.

Konzerte, Aufführungen, Kleinkunst und Ausstellungen machen rund ein Drittel des Gesamtprogramms eines Kirchentages aus. Viele davon sind Open-Air-Veranstaltungen und können 2027 von allen Düsseldorfern kostenlos miterlebt werden. Zahlreiche lokale Kunst- und Kulturschaffende

werden diese Chance nutzen, sich einer breiteren Zielgruppe zu präsentieren.

Natürlich ist der Kirchentag auch eine religiöse Veranstaltung. Glaubensüberzeugung und Wertekompass sind entscheidend für das Engagement vieler Christinnen und Christen. Wenn sie zusammenkommen, feiern sie ihren Glauben und ihre Gemeinschaft. Einladend, fröhlich und weltoffen. Dass sie für Gottesdienste und spirituelle Angebote weder Stadt noch Land zur Kasse bitten, ist selbstverständlich. Die größte Fördererrolle für den Kirchentag 2027 in Düsseldorf wird deshalb von der Evangelischen Kirche im Rheinland gezahlt werden – ein Fakt, der von Kritikern gern unterschlagen wird.

Der Kirchentag ist eine zeitgemäße, ökologische, barrierefreie und sichere Großveranstaltung. Vertreter früherer Austragungsorte lobten Professionalität und Kosteneffizienz. Die Kosten werden durch eigene Einnahmen wie Ticketerlöse, Sponsoring oder Spenden sowie durch kirchliche und öffentliche Zuschüsse getragen. Als gemeinnütziger Verein macht der Kirchentag keinen Gewinn. Bedarf und Verwendung aller Fördermittel müssen präzise nachgewiesen werden. Die Buchhaltung wird regelmäßig extern geprüft.

Die Fördermittel der Stadt Düsseldorf werden verantwortungsvoll eingesetzt und ermöglichen zielgerichtet Engagement und Kultur mitten aus der Stadtgesellschaft heraus.

Von Ricarda Hinz

In unserer Verfassung steht: „Es gibt keine Staatskirche“, aber die Kirchentagsfinanzierung verletzt diese verfassungsrechtlich gebotene weltanschauliche Neutralität des Staates jedes Jahr aufs Neue. Die Menschen wenden sich seit Jahrzehnten kontinuierlich vom Religionsunterricht und den Kirchen ab. In Düsseldorf gibt es aktuell nur noch 15 Prozent evangelische und 25 Prozent katholische Kirchenmitglieder. Tendenz weiter stark sinkend.

Viele Menschen leben inzwischen bewusst religionsfrei, im Sinne von frei von Religion, denn sie können die religiösen Positionen beispielsweise zum Schwangerschaftsabbruch, zur Sterbehilfe-Debatte, zur Sexualität und zur Rechtsprechung nicht mehr teilen. Der gesellschaftsliberale, konfessionsfreie Teil der Bevölkerung kann darum nicht weiter regelmäßig dazu gezwungen werden, die PR-Veranstaltungen der Religionsgemeinschaften mitzufinanzieren. Kirchentage sind also längst keine relevanten gesellschaftlichen Großereignisse mehr.

Es wundert darum auch nicht, dass Kirchentage fast ausschließlich nur von Kirchenmitgliedern besucht werden. Es nehmen höchstens drei Prozent Nicht- oder Andersgläubige daran teil. Sie sind eben nicht offen und einladend für andere und säkulare Weltanschauungen. Die Angebote sind ganz überwiegend christlich gefärbt. Der gern verwendete Begriff „Schöpfung“ beispielsweise, ist ein reines Glaubensnarrativ, mit dem ein Naturalist oder eine Naturalistin rein gar nichts anfangen kann.

Auch mit einer modernen Ethik können antike Glaubensinhalte nicht wirklich konkurrieren. Warum wird hier also die gesamte Stadtgesellschaft dazu genötigt, die fünfjährige

Veranstaltung einer einzigen Konfession mit der sehr großzügigen Summe von knapp sechs Millionen Euro mit zu finanzieren? Kein anderer Verein kann sich über ein solches Budget freuen. Die Politik sollte die weltanschauliche Abwendung von den Religionen endlich ernst nehmen und beginnen, die überproportionale Privilegierung und Finanzierung beider Kirchen entsprechend zurückzuführen.

Sie sollte sich nicht von der lauten Lobby der Religionsgemeinschaften blenden lassen: Die Mehrheit der Menschen möchte in einem weltanschaulich neutralen Staat leben, der keine einzelne Weltanschauung privilegiert. Es gibt zahlreiche kulturelle Akteure, die mit Debatten, Vorträgen, Kunst und niederschweligen Angeboten für die gesamte Stadtgesellschaft aufwarten. Sie verdienen der Stadt Düsseldorf ihr individuelles Gesicht, ihr ganz eigenes Profil und sind ein Spiegel dessen, was die Menschen bewegt und was sie bewegen wollen. Aber alle diese Initiativen, Vereine und Institutionen genießen nicht annähernd dasselbe Ausmaß an Privilegien, das die Stadt den Kirchen als religiösem Marktteilnehmer zubilligt.

Es fließt viel Geld. Aber immer nur in Richtung der Veranstalter. Es zahlt die öffentliche Hand und es zahlen die Besucher und Teilnehmer. Es heißt, ein Kirchentag bringe 100 000 Gäste in die Stadt. Aber die Hälfte davon sind all die ehrenamtlichen und nicht-ehrenamtlichen Mitwirkenden und Programmgestalter des Kirchentages selbst. Der Rosenmontagszug oder der Japantag locken mit einer Million Gästen zehn Mal so viele Menschen in die Stadt. Der Kirchenrechtler Professor Dr. Thomas Schüller sagte in diesem Jahr in einem Interview der „Zeit“: „Kirchentage sind kostspielige Strohhü-



er ohne Nachhaltigkeit.“ Und Ulf Poschardt, Chefredakteur der „Welt“, erklärte im Jahr 2019: „Beim Evangelischen Kirchentag wird die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden auf ein Minimum beschränkt. Es ist eine Kultur der Abschottung. Ein Weltbild, das vor Naivität trieft.“

Wenn wir als Gesamtgesellschaft Großveranstaltungen finanzieren, dann sollten sie auch für alle Menschen gleichermaßen offen sein und nicht unter dem Banner einer einzigen Weltanschauung stehen. Wir brauchen eine offene Streitkultur und keine „Volksmission“. Der Kirchentag ist eine absurd überdimensionierte Veranstaltung, die längst nicht mehr die Diversität der globalisierten Stadtgesellschaft wiedergibt. Dabei ist die Kirchentagsfinanzierung nur ein Symptom eines viel zu massiven kirchlichen Lobbyismus: Sei es das eigene kirchliche Arbeitsrecht, die Privilegierung von Caritas und Diakonie, seien es die Konfessionsschulen, der Religionsunterricht, oder die kirchlichen Büros am NRW-Landtag: Die Liste der Privilegien ist lang und torpediert das in der Verfassung stehende Neutralitätsgebot.

Der demokratische Staat hat eine Äquidistanz gegenüber allen privaten Weltanschauungen seiner Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Denn die Gewaltenteilung und die Trennung von Religion und Staat sind die Grundpfeiler unserer Demokratie. Das dürfen wir nicht vergessen.